

## 1. Mai 2026

### Begrüßung Sigrid Wolf

Hallo Düsseldorf,

herzlichen Willkommen zum 1. Mai 2026 - dem Tag der Arbeit!

„Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ ist unser Motto zum 1. Mai 2026. Dieser Tag der Arbeit findet in schwierigen Zeiten statt. Krisen und Konflikte überall. Der Wirtschaft geht es nicht gut. Der Alltag wird immer teurer. Und Unterstützung bleibt weitgehend aus.

Und was die Situation noch dramatischer macht:

Statt in die Verantwortung zu gehen, statt alles dafür zu tun, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen, zeigen Teile der Politik und der Arbeitgeber nun mit dem Finger auf die Beschäftigten. Es wird behauptet, schuld seien die faulen Arbeitnehmer, die faulen Arbeitslosen und sogar die faulen Rentner – und nicht zu vergessen die Teilzeit-Life-Stylisten!

Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Schuld für die Wirtschaftskrise in dies Schuhe zu schieben – das ist eine Fehldiagnose. Damit wollen sie auch vom eigenen Versagen ablenken.

Arbeitszeiten verlängern, Sozialstaat kürzen, Märkte entfesseln – das soll nun die richtige Medizin sein?

Aber diese Medizin ist Gift. Für die Wirtschaft. Für die Gesellschaft. Für uns alle.

Mit dieser Medizin wird Wachstum abgewürgt.

Mit dieser Medizin wird kein einziger Arbeits- und Ausbildungsplatz gesichert.

Mit dieser Medizin wird das Leben immer teurer und unsicherer.

Tag für Tag erleben wir Angriffe auf hart erkämpfte Rechte – auf den 8-Stunden-Tag, auf Lohnfortzahlung, auf soziale Sicherheit. Die Debatte um den 8-Stunden-Tages oder um die sogenannte Lifestyle-Teilzeit ist falsch und unsachlich. Sie sind Gift für die Gesellschaft. Sie spalten!

All diese einfachen Antworten sind das Wasser auf die Mühlen, derjenigen, die unsere Demokratie aushöhlen, Fake News verbreiten, die Menschen verunsichern und hinters Licht führen wollen.

Inzwischen heißt es: Die Beschäftigten leisten zu wenig, feiern zu oft krank. Teilzeit ist angeblich ein „Lifestyle“ und keine Frage von harter Arbeit, Kinderbetreuung und Pflege. Wie zynisch sind die Mächtigen in diesem Land?

Anrede,

Die Beschäftigten sind nicht das Problem – sie sind die Lösung!

Sie halten den Laden am Laufen und Sichern den Wohlstand des Landes. Sie leisten unzählige Überstunden. Aber sie sollen wieder herhalten, um die Suppe auszulöffeln.

Anrede,

Der Sozialstaat ist das Fundament unserer Demokratie! Teile der Politik und Arbeitgeber behaupten, er sei "nicht mehr finanzierbar". Das ist falsch.

Das Problem liegt nicht bei den Ausgaben, sondern bei der Finanzierung. Während Beschäftigte rund 43 Prozent Steuern und Abgaben zahlen, liegt die Belastung vieler großer Vermögen deutlich darunter.

Das Grundgesetz sagt: Eigentum verpflichtet. Und diese Verpflichtung heißt konkret: Verantwortung für Arbeitsplätze übernehmen, in den Standort Deutschland investieren, gemeinsam mit uns Lösungen finden. Wir lassen nicht zu, dass Profitinteressen über Menschenleben gestellt werden!

Deutschland hat viele Stärken: Bestens ausgebildete Fachkräfte, leistungsfähige Industrie, weltbekannte Qualität. Statt alles schlechtzureden, müssen wir jetzt in Zukunftstechnologien investieren: in Künstliche Intelligenz, in Batterietechnologie und in klimaneutrale Produktion.

Wer vom Standort Deutschland profitiert, muss hier investieren und Verantwortung übernehmen. Eigentum verpflichtet. So steht es im Grundgesetz. Wer Gewinne macht und vom Steuerzahler profitiert, muss Verantwortung für Arbeitsplätze übernehmen.

Wenn Unternehmen staatliche Förderung erhalten, müssen sie im Gegenzug investieren, Arbeitsplätze sichern und sich zum Standort bekennen.

Wir fordern seit Jahren eine höhere Besteuerung sehr großer Vermögen und hoher Erbschaften. Während Beschäftigte jeden Monat Steuern zahlen, werden Millionenerbschaften kaum belastet.

Mit einer gerechteren Steuerpolitik können wir massiv in Infrastruktur, Industrie, Bildung und sozialen Zusammenhalt investieren.

Wer viel hat, muss mehr zum Gemeinwohl beitragen. Das wäre gerecht. Aber da traut sich auch diese Bundesregierung nicht ran:

Die teils seit vielen Jahren bestehenden Probleme in der Landeshauptstadt Düsseldorf wie z.B. ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen, steigende Armut, kaputte Straßen bzw. Brücken und zu viele Staus werden durch die schwarz-grünen Koalition nicht ernsthaft in Angriff genommen.

Insbesondere in der Wohnungspolitik.

Fast 82 Prozent der Haushalte in Düsseldorf wohnen in Mietwohnungen und sind auf bezahlbare Mieten angewiesen. Die im Rahmen der Wohnungsbauoffensive angekündigten 8.000 Wohneinheiten bis 2030 sind nicht in Sicht und reichen bei weitem nicht aus. Der DGB fordert seit über 10 Jahren den Bau eines großen Azubi-Wohnheims. Düsseldorf sollte sich an München orientieren. Dort hat die Stadt 463 Wohnplätze errichtet. 364 weitere werden derzeit umgesetzt.

Es bleibt unverständlich, dass die Stadtspitze kontinuierlich Steuererhöhungen ausschließt.

Darüber hinaus müssen Bund und Land die Kommunen finanziell unterstützen. Ein wichtiger Baustein dabei ist eine echte Altschuldenregelung und die Verbesserung der Einnahmen u.a. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben. Dies stärkt auch die Demokratie!

Anrede,

Im März hat der DGB NRW die Kampagne „Gleichstellung - jetzt umsetzen!“ gestartet

In den sozialen Berufen sind es vor allem Frauen, die unsere Kinder betreuen, unsere Kranken versorgen und unsere Alten pflegen - und so auch allen anderen in unserer Gesellschaft den Rücken freihalten, damit sie arbeiten gehen können. Und Frauen sind es auch, die sich größtenteils um den Haushalt, um die Kinder, um die Älteren.

Hier passiert seit Jahren viel zu wenig und das ist fahrlässig!

Frauen werden als Fachkräfte gebraucht, sie zahlen Steuern und Sozialabgaben und sie tragen entscheidend zum Haushaltseinkommen ihrer Familien bei. Und sie würden das noch erheblich mehr tun, wenn man ihnen nur die Möglichkeit gäbe!

Reaktionäre und rechtsextreme Kräfte nehmen Frauen ins Visier und wollen zurück zu einem Geschlechterbild der 50er Jahre. Sie verbreiten Polarisierung, Hass und antifeministische Hetze.

Aber für uns ist klar: Frauen gehören nicht an den Herd, Frauen gehören mit beiden Beinen ins Erwerbsleben!

Und was mich immer wieder zutiefst bewegt und beunruigt:

Die zunehmende Gewalt an Frauen und Mädchen. Hier werden Seelen zerstört.

Wer Gewalt erlebt, verliert Sicherheit – und oft auch wirtschaftliche Unabhängigkeit. Wer Angst hat, kann nicht frei arbeiten und wer keinen Schutz findet, kann keine Zukunft aufbauen.

Anrede,

Wir alle stehen in der Verantwortung den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gleiche Chancen für Schulbildung und Ausbildung zu geben.

Junge Menschen sind unsere Zukunft.

Sie sind nicht schuld an den multiplen Krisen, die wir erleben.

Mit großer Sorge sehen wir das auch in Düsseldorf die Zahl der Ausbildungsplätze wie in NRW zurückgeht, in NRW stärker als in anderen Bundesländern.

Die Bildungsleistungen in Nordrhein-Westfalen sind unterdurchschnittlich, die Startchancen abhängig von Elternhaus und Postleitzahl.

Und ich sehe nicht, dass genug dafür getan wird, dass sich das endlich ändert.

Und zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es in Düsseldorf mehr Ausbildungsplatzsuchende als Ausbildungsplätze. Hier verspielen wir die Zukunft von jungen Menschen und unsere Zukunft als Wirtschaftsstandort. Das sollten wir nicht zulassen!

Und wie gehen wir mit unseren Kindern und Jugendlichen um?

Nein, was macht Politik und Teile der Unternehmen:

sie schimpfen über die jungen Menschen, die nur schlechte Leistungen bringen und nichts können! Sie wollen nicht lernen, sie wollen nicht arbeiten - sondern nur vor dem Handy abhängen.

Ist das das Bild von jungen Menschen? Ich habe ein anderes!

Ich erlebe viele junge, großartige, wissbegierige Menschen, die genaue Vorstellungen von ihrem Leben haben und Berufswünsche – und Zielen haben.

Ich kenne junge Menschen, die ihre Heimat unfreiwillig verlassen mussten und zu uns gekommen sind, die Sprache erlernen müssen und sich zurecht finden in unserer Gesellschaft. Diese sehen Deutschland als Chance, die sehen unsere Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten als Chance.

die Ausbildungen können müssen die Plätze zur Verfügung stellen, und sich ihrer großen Verantwortung weiterstellen.

Das ist Fachkräftesicherung von morgen.

Die, die wir heute nicht ausbilden, fehlen uns morgen und gehen uns verloren. Das dürfen wir nicht zulassen.

Hier tragen Unternehmen Verantwortung – und gerne können sie sich, dort wo nötig Unterstützung bei zusätzlichen Hilfsangeboten suchen und bekommen.

Auf unser duales Ausbildungssystem waren wir immer stolz. Andere Länder beneiden uns darum.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Kinderbildungsgesetz in NRW sollte eigentlich für gute Bildung, gute Betreuung und gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Aber viele Beschäftigte erleben etwas anderes: Personalmangel, hohe Belastung und zu wenig Zeit für die Kinder. Zu große Gruppen, zu wenig Personal, ständige Überlastung – das ist Alltag. Und das hat Folgen: für die Beschäftigten, für die Kinder und für die Eltern und für uns als Gesellschaft.

Wie viel wollen wir in den Nachwuchs stecken? Jeder Euro, den wir früh in Kinder investieren, kommt später mehrfach zurück! Gute frühkindliche Bildung gibt es nicht zum Sparpreis.

Anrede,

Kürzungen bei der Rente und in der Gesundheitsversorgung, Kürzungen beim Krankengeld sind keine Lösungen für die anstehende Herausforderungen, sondern belasten einseitig die beschäftigten, Beitragszahler und Rentnerinnen.

Wenn das so durchs Parlament geht, würden die Beitragszahler wieder zur Stabilisierung des Bundeshaushalts herangezogen werden.

Herr Bundeskanzler, erklären sie das doch mal!

Anstatt Phrasen je nach Publikum zu dreschen, sollten sie endlich ins politische Handeln kommen und Regierungsverantwortung für die Mehrheit von 80 Millionen Menschen übernehmen und sie vor Profitgeilen schützen. Zeigen sie doch endlich, dass Sie es – wie immer wieder angekündigt - besser können als die Vorgängerregierung.

Geben Sie den Menschen - mit ihren Kabinettsmitgliedern - soziale Sicherheit und Zukunftsinvestitionen, dann gewinnen die Menschen Zuversicht zurück und wählen demokratische Parteien.

Sonst werden sie abgewählt!

Anrede,

Lasst uns gemeinsam weiter für gute Arbeits- und Ausbildungsplätze, für sichere Renten und gute Gesundheitsversorgung kämpfen!

Lasst uns gemeinsam für eine gerechte Verteilung und Gesellschaft eintreten.

Lasst uns gemeinsam kämpfen für unsere Demokratie, für unsere Freiheit und für Frieden und das Leben!

Glück auf!